

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Rint Dresden Nr. 31802
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz-Rede: Stobben Dresden, Straße Blafewitz Nr. 656
Postfach-Nr.: 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blafewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Böhlaus, Hochwitz und Landbegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Dreyer & Co., Dresden-Neustadt. - Verantwortlich für den Inhalt: Eugen Werner, beide in Dresden.

Ersteinst. täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, ...
Redaktion und Expedition: Blafewitz, Loschwitzer Str. 4, 87. Jahrgang

185

Dienstag, den 11. August

1925

Die Londoner Zusammenkunft

Die Beratungspunkte

Während in Deutschland, nachdem der Kampf um die Steuern beendet ist, die große Politik im Vordergrund des Interesses stehen, bereitet man sich in London und mehr noch in Paris auf die Zusammenkunft zwischen Briand und Chamberlain vor, die, wenn nicht noch in letzter Minute unvorhergesehene Ereignisse eintreten, am heutigen Dienstag stattfinden wird. Briand ist bereits am Montag in London eingetroffen. Die franz. und engl. Blätter haben sich schon jetzt sehr eingehend mit dem Verhandlungsprogramm befaßt, doch sind alle derartigen Nachrichten nicht weiter als Kombinationen, die zutreffen können, die aber auch nicht unbedingt richtig zu sein brauchen.

Das Briand in London nur über den Sicherheitspakt verhandeln wird, nachdem der französische Kabinettsrat den Text der französischen Antimilitarität an Deutschland abgelehnt hat, ist wenig wahrscheinlich, und selbst diejenigen französischen Blätter, die diese Ansicht vertreten, geben doch zu, daß im Laufe der Unterhaltung auch gewisse Punkte der allgemeinen Politik besprochen werden könnten. Das ist um so wahrscheinlicher, als ja für die Besprechungen nach den letzten Nachrichten drei Tage in Aussicht genommen worden sind, und es ist um so wahrscheinlicher, als nach stets bei derartigen Besprechungen Ausdehnungsgebiete auf anderen Gebieten gesucht und gefunden werden sind.

Die Sicherheitsfrage ist in nicht die einzige Sache, die man in London und in Paris hat.

und nichts ist näherliegend, als daß man auch diese Frage in den Rahmen der Gesamtpolitik hineinzieht. Wiederholt ist ja bereits darauf verwiesen worden, daß aller Voraussicht nach in diesen Londoner Besprechungen auch die Schuldenfrage

Serührt werden wird, und französische Blätter wußten jetzt bereits wissen, daß Callaghan Ende des Monats nach London reisen werde, wenn es Briand gelingt, die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken.

In diesem Konflikt führt sich Frankreich stets auf die Seite Englands, daß England von seinen Schulden nur soviel einzahlen werde, wie nötig sei, um die englischen Verpflichtungen an Amerika zu decken. Der Tempus hat diese in den Noten Balfours und Cursons vertretene Ansicht erst unlängst mit allem Nachdruck wieder verfochten.

Nachdem aber England bei seiner Schuldenerklärung an Amerika seine volle Schuld anerkennen mußte, ist es fraglich geworden, ob es die beiden Noten heute noch so auslegt, wie es der Tempus tut.

Nun mindestens wird es versuchen, für derartige Zugeständnisse auf politischem Gebiete eine Bezahlung zu erhalten.

Polnisch-deutscher Notenwechsel in der Optantenfrage

Die polnische Note

In einer am Sonnabend von dem polnischen Gesandten Olzowski dem Reichsminister Dr. Stresemann überreichten Erklärung zur Optantenfrage wird die Behauptung aufgestellt, daß die polnischen Optanten zu dem bestimmten Termine Deutschland verlassen haben, während ein Teil der deutschen Optanten sich den Bestimmungen des Wiener Abkommens nicht gefügt und Polen bis jetzt nicht verlassen habe. Diese deutschen Optanten seien damit, so wird weiter ausgeführt, Ausländer geworden, welche sich illegal auf polnischem Staatsgebiet aufhalten und hiermit sämtlichen Maßnahmen unterliegen, die nach internationalem Recht solchen Personen gegenüber vorgezogen seien. Die polnische Regierung lehne jede Verantwortung für die Lage dieser deutschen Optanten ab, sei aber bereit, den deutschen Behörden jedwede Unterstützung zu gewähren, damit die Abreise dieser Optanten in der nächsten Zeit erfolgen könne in einer Form, die sie vor Ungelegenheiten bewahrt.

Die deutsche Antwort

In der heute erteilten Antwort des Auswärtigen Amtes stellt dieses gegenüber der polnischen Regierung fest, daß von dem etwa 20 000 deutschen Optanten, die am 1. August abmigrationspflichtig waren, tatsächlich ungefähr 17 000 die Grenze

überschritten hätten. Die übrigen 3000 seien zum weitaus größten Teile solche, denen auf Grund besonderer Abmachungen zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau und dem polnischen Außenministerium ein Aufschub bewilligt worden sei. Dagegen verließen von den polnischen Optanten Deutschland, deren Zahl zu Beginn des Jahres noch 14 600 bis 15 000 betrug, bisher nur 3500 das Reichsgebiet, weil infolge mangelhafter Aufstellung der polnischen Listen durch die polnischen Behörden Deutschland nur mit Verzögerung die Abmigrationsaufforderung aufstellen konnte. Daher befindet sich also der Hauptteil der polnischen Optanten noch illegal im Reichsgebiet. Nach einem Hinweis auf die zahlreichen deutschen Versuche, zu einem beiderseitigen Verzicht auf die Ausweisungen zu gelangen, erklärte das auswärtige Amt: Tatsächlich hat Polen am 8. d. M. dem Rest der deutschen Optanten die Aufforderung ausgestellt, binnen 48 Stunden das Land zu verlassen und dadurch die deutsche Regierung zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Es liegt in der Hand der polnischen Regierung, der früheren deutschen Anregung auf beiderseitigen Verzicht der Ausweisung stattzugeben und damit der Welt das bestmögliche Schauspiel sich wiederholender Rassenausweisungen zu ersparen. Die moralische Verantwortung für die Folgen aller derartiger Zwangsmaßnahmen fällt lediglich der polnischen Regierung zu.

Die deutschen Reparationsleistungen

Dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen zufolge hat Deutschland im Monat Juli 1925 an Reparationszahlungen geleistet: 83 523 880,99 Goldm. Davon entfallen auf Großbritannien 15 104 782,65, auf Frankreich 40 241 881,92 und auf Belgien 9 388 521,98 Goldmark. Die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1925 von Deutschland gezahlten Reparationssummen belaufen sich insgesamt auf 840 315 236,66 Goldm.

Keine Aufrollung der Preußenfrage

(Eigener Informationsdienst.)
Im Reichstag war gestern das Gerücht verbreitet, daß infolge des Konfliktes zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum das Verbleiben der jetzigen preussischen Regierung unmöglich geworden sei, und daß Ministerpräsident Braun nach dem Wiederzutreten des Landtages mit dem gesamten Staatsministerium zurücktreten werde. Gegenüber diesem Bericht erfahren wir von maßgebender Seite des Zentrums, daß sich die Zentrumsvorstände völlig darüber einig seien, die preussische Regierungsfrage nicht wieder aufzurollen, bevor nicht die preussischen Rechtsparteien an die gegenwärtigen Regierungsparteien herantreten seien. Eine Änderung der preussischen Regierung komme also vorläufig nicht in Frage, und würde erst dann aufzurollen, wenn der ursprüngliche Plan einer überparteilichen Regierung unter Heranziehung der Deutschen und der Sozialdemokratie verwirklicht werden sollte.

Die Zigarettensteuer

Der Steuerausschuß des Reichstages beriet heute die Besteuerung der Zigaretten. Die vorliegende Verordnung wurde angenommen, die eine Herabsetzung der Zigarettensteuer von 10 auf 20 v. H. und die Neueinführung der Gewicht- und der Materialsteuer von 9 A für das Kilogramm wünsch.

Der Verfassungstag

Wenn die deutsche Revolution von 1918 der französischen Revolution von 1789 oder der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zu vergleichen wäre, so würde sich der deutsche Verfassungstag ohne Zweifel im Sturm dieselbe Bedeutung in Deutschland erobert haben, deren sich diese beiden großen Ereignisse in Frankreich und Nordamerika mit Fug und Recht erfreuen. Aber je tiefer man nach den Quellen des deutschen Zusammenbruchs von 1918 und des mit ihm untrennbar verbundenen Ausbruchs der deutschen Revolution schürft, um so deutlicher wird die Erkenntnis, daß diese deutsche Revolution von 1918 nicht so sehr der Ausdruck eines entschlossenen Volkswillens, geboren aus geschichtlicher Notwendigkeit zur Herstellung einer neuen staatlichen Ordnung, war, als vielmehr ein Ausdruck der Verzweiflung an der Führung des Volkes während des Krieges und über die Vernichtung aller, mit den ungeheuren Opfern des gesamten Volkes für die Herstellung seiner Unabhängigkeit verknüpften Hoffnungen. Heute, wo an Stelle des Chaos im Innern wieder geordnete Zustände getreten sind, und wo auch in der Außenpolitik Deutschland schrittweise seine natürliche Bedeutung als europäische Großmacht wieder gewinnt, erscheint in mancher Richtung die Revolution von 1918 als ein böser Spuk, dessen Latenzfähigkeit dem allmählich gefundenen Volksgreife unfaßlich ist.

Unmüde gebietet es die Pflicht der geschichtlichen Gerechtigkeit, die schwierige Arbeit derjenigen richtig zu würdigen, welche nach wenigen Monaten allgemeinen Wirrwarrs und vielfach empörender Gesetz- und Rechtslosigkeit die Wiederherstellung geordneter Zustände in Deutschland herbeiführten und dadurch zugleich Deutschland wieder verhandlungsfähig nach außen machten. Man wird zugeben müssen, daß es für die über Nacht, durch die von ihren einsichtigen Elementen nicht gewollte Revolution zur Nacht gelangende Sozialdemokratie ein entlagungsreicher Schritt war, die Diktatur der Volksbeauftragten aus der Hand zu lassen und durch die Einberufung der Nationalversammlung dem deutschen Volk selbst das letzte Wort über seine künftige innere Verfassung anzugehen. Zwecklos ist dieser Entschluß aus einer richtigen Beurteilung der Sozialdemokratie zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten und geistigen Kräfte hervorgegangen. Die Wendung zur Diktatur des Proletariats, welche Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erstrebten, hätte in kurzer Frist die Sozialdemokratie in dieselbe Lage gebracht, wie die Menschewisten in Rußland. Die Idee der sozialen Evolution wäre von den Radikalen in den Abgrund gestürzt worden und mit ihr die führenden Persönlichkeiten und die gesamten Organisationen der deutschen Sozialdemokratie. Mag also der Selbsterhaltungstrieb der Partei und ihrer Führer für ihren Entschluß in hohem Maße richtunggebend gewesen sein, so bleibt doch als Tatsache bestehen, daß dieser Entschluß die Voraussetzung für die Abdämmung des Bürgerkriegs und der Verödung der deutschen Kultur und wirtschaftlichen Ordnung gewesen ist. Es ist bekannt, in wie hohem Maße der erste deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert an diesem Entschluß entscheidend mitgewirkt hat, und wenn das deutsche Volk heute am siebenten Jahrestag der Verfassung ihm anerkennende Erinnerung widmet, so braucht sich davon niemand auszuschließen; auch diejenigen nicht, welche die Folgeerscheinungen der Revolution aus politischen und wirtschaftlichen Gründen bis in die Gegenwart hinein mit aller Kraft bekämpft haben.

Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 bedeutete den Abschluß der eigentlichen Aufgabe, die der Nationalversammlung gestellt war; wenigstens sie gegen den Widerspruch der Rechten und der äußersten Linken zustandekommen ist, so repräsentiert sie democh das Ergebnis des Volkswillens der Nach-Revolutionzeit, und ist der Ausdruck der Volkssouveränität, zu der sich grundsätzlich alle Parteien und Auffassungen des deutschen Volkes bekannt haben, die an der Nationalversammlung teilnahmen. Ohne Zweifel sind die Schwächen der Weimarer Verfassung heute auch denen bewußt, welche für ihren Inhalt verantwortlich sind. Die unbefriedigende Ordnung des Verhältnisses zwischen dem Reich